

**3064/J XXI.GP****Eingelangt am: 12.11.2001****ANFRAGE**

der Abgeordneten Dr. Josef Cap, Peter Schieder, Mag. Ulli Sima  
und Genossinnen  
an die Bundesministerin für öffentliche Leistung und Sport  
betreffend den europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie

In der Europäischen Union gibt es bereits eine Mehrheit von Staaten, die die Kernenergie nicht energetisch nutzen bzw. den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen oder angekündigt haben. Neben Österreich sind Griechenland, Irland, Dänemark, Portugal und Luxemburg nie in die Kernenergienutzung eingestiegen. Italien ist mittlerweile ebenfalls ausgestiegen. Deutschland, Belgien, Schweden und die Niederlande haben den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen bzw. angekündigt, keine weiteren Kernkraftwerke mehr zu bauen.

Seit dem 11. September dieses Jahres gibt es in der Öffentlichkeit eine neuerliche Debatte über die Sicherheit von Atomkraftwerken, die nach Aussagen von Experten nicht vor Terrorangriffen zu schützen sind. Vor diesem Hintergrund wäre es notwendig, in der Europäischen Union eine Initiative für einen Umdenkprozess in Richtung eines europaweiten Ausstiegs aus der Atomenergie einzuleiten.

Vor kurzem hat FPÖ-Generalsekretär Schweitzer in einer Presseaussendung unterstrichen, es sei "höchst an der Zeit, über gesamteuropäische Ausstiegsszenarien aus der Nutzung der Atomkraft nachzudenken". (ÖTS 207, 6.11.01) Der stellvertretende FPÖ-Obmann Hubert Gorbach erklärte gegenüber dem Kurier, dass das Regierungsprogramm Maßnahmen in Richtung eines atomfreien Europa unterstütze, es müsse daher viel mehr Druck auf die EU-Spitze gemacht werden. (Kurier, 7.11.01)

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für öffentliche Leistung und Sport nachstehende

**Anfrage:**

1. Haben Sie sich seit dem 11. September dieses Jahres dafür eingesetzt, dass die österreichische Bundesregierung die Frage des europaweiten Ausstiegs aus der Atomenergie in der Europäischen Union thematisiert? Wenn ja, mit welchem Erfolg? Wenn nein, warum nicht?
2. In der Europäischen Union wird zur Zeit eine Debatte über die Zukunft Europas geführt. Haben Sie sich innerhalb der österreichischen Bundesregierung dafür eingesetzt, dass die Bundesregierung den europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie als Teil dieser Zukunftsdebatte in der EU fordert? Wenn ja, mit welchem Erfolg? Wenn nein, warum nicht?
3. Werden Sie diesbezüglich noch Schritte setzen? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?
4. Die Mehrzahl der Mitgliedstaaten der Europäischen Union betreibt mittlerweile keine Atomenergie mehr bzw. hat den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Welche Schritte haben Sie bzw. andere Vertreter der FPÖ in der österreichischen Bundesregierung gesetzt, um diese Staaten für eine gemeinsame Initiative betreffend den europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie zu gewinnen? (Bitte für alle betroffenen Länder- Italien, Portugal, Irland, Luxemburg, Dänemark, Griechenland, Deutschland, Schweden, Belgien und die Niederlande - einzeln anführen.)
5. Haben Sie eine gezielte Reisediplomatie gestartet, um dieses Anliegen mit anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu diskutieren?
6. Wird sich die österreichische Bundesregierung dafür einsetzen, dass in der Europäischen Union keine weiteren finanziellen Mittel für die Nuklearforschung bereitgestellt werden, um die Entwicklung neuer Kernfusionsreaktoren voranzutreiben? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?
7. Haben Sie versucht, andere Mitgliedstaaten für diesen Schritt zu gewinnen? Wenn ja, in welcher Form und mit welchem Erfolg? Wenn nein, warum nicht?
8. Haben Sie im Verlauf der Beitrittsverhandlungen versucht, die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die österreichischen Bedenken hinsichtlich der Sicherheit des AKW Temelin im Detail zu informieren?